

W03 W03-Bürger*innenbeteiligung

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau
Beschlussdatum: 31.03.2016

Politikverdrossenheit, Parteiendiktatur, Lügenpresse, Wutbürger - „die da oben“ wirtschaften ohnehin nur in die eigene Tasche und agieren nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Auch wenn es Einzelfälle geben mag, die diesen Eindruck erwecken mögen, entspricht das der tatsächlichen Wirklichkeit? Und wie kann die Gefahr, dass sich solche Strukturen verselbständigen, vermindert werden? In unserem Bezirk leben viele Menschen, die sich einmischen und das bezirkliche Umfeld mitgestalten wollen. Diese Menschen mit ihren vielfältigen Erfahrungen und ihrem reichhaltigen Wissen in die Bezirkspolitik und in die Arbeit der Fachgremien einzubeziehen, alle Bürgerinnen und Bürger mit ihren Sorgen und Nöten ernst zu nehmen - das ist kein Ziel, sondern Grundlage grüner Politik.

Deshalb unterstützen wir auch die Berliner Open Data Strategie, weil die Voraussetzung für jede Form der Bürger*innenbeteiligung ein offener Zugang zu relevanten Informationen ist.

Direkte Methoden der Bürgerbeteiligung und der direkten Demokratie wie die Generationen-BVV und der Bürgerhaushalt, sollen ausgeweitet und besser bekanntgemacht werden. Bei Eingaben und Beschwerden darf die Beratung und Beschlussfassung nur in Anwesenheit beider Seiten stattfinden.

Die bezirklichen Beauftragten leisten wertvolle Arbeit und garantieren einen bürgernahen Umgang, sie sind deshalb stärker in die Arbeit der BVV einzubeziehen, z. B. durch Rederecht in den jeweiligen Ausschüssen und obligatorische Anhörung vor der Beschlussfassung über Themen, die in ihrem Aufgabenbereich liegen.

Wer in Spandau GRÜN wählt:

- Setzt sich dafür ein, dass das Bezirksamt in Zukunft mehr Informationen und Pläne im Netz zur Verfügung stellt
- Will die bestehenden Möglichkeiten der Bürger*innenbeteiligung wie Einwohner*innenanträge und bezirkliche Volksbegehren stärker bekannt machen
- Befürwortet, dass die Auswahl der bezirklichen Beauftragten (Ausländer-, Frauen-, Senioren- und Behindertenbeauftragte) in Abstimmung mit den jeweils Betroffenen erfolgt und spricht sich für eine personelle und finanzielle Stärkung des Amtes des Senioren- und Behindertenbeauftragten aus
- Stärkt die Kompetenzen der bezirklichen Beiräte für Migration und Integration, Frauen, Menschen mit Behinderungen und der Seniorenvertretung
- Fordert ein Anhörungsrecht der Petenten im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden
- Fördert „Runde Tische“ und Stadtteilinitiativen als wichtige Form der Bürger*innenbeteiligung in den Kiezen